

Presseinformation

Wiesbaden, 12. Juni 2015

Besuch der Ausländerbehörde Wiesbaden

Staatssekretär Jo Dreiseitel: „Ausländerbehörden sind die Visitenkarte und Aushängeschild unseres Landes – die Menschen willkommen heißen“

Wiesbaden. Anlässlich seines Besuchs bei der Ausländerbehörde im Amt für Zuwanderung und Integration der Landeshauptstadt Wiesbaden nannte der Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Jo Dreiseitel, diese die „Visitenkarte und Aushängeschild“ der Landeshauptstadt und „erste wichtige Anlaufstelle“ für Menschen, die aus anderen Ländern nach Hessen kommen. „Der erste Weg führt die meisten Menschen, die neu nach Deutschland kommen, zur Ausländerbehörde ihrer Stadt. Gerade dieser erste Eindruck ist entscheidend und hier gilt es, an einer Willkommenskultur zu arbeiten. Ich möchte an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt danken, die das Amt hier zu einer Willkommensbehörde im besten Sinne des Wortes voranbringen möchten“, so der Staatssekretär am Freitag.

Aufgrund der weiter steigenden Zuwanderungs- und insbesondere Flüchtlingszahlen stehen auch die Ausländerbehörden vor Herausforderungen. In Wiesbaden betreuen derzeit insgesamt 41 Mitarbeitende etwa 52.000 ausländische Einwohnerinnen und Einwohner in Bezug auf aufenthaltsrechtliche Fragen. „Der Weg von einer Ordnungs- zu einer Willkommensbehörde ist kein leichter, da diese Kultur parallel zum regulären Tagesgeschäft aufgebaut werden muss“, stellte Dreiseitel heraus.

Diese Herausforderung ist unter anderem Thema im hessischen Netzwerk der Ausländerbehörden. Es ist entstanden, nachdem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2013 ein bundesweites Projekt „Ausländerbehörden –

Willkommensbehörden“ aufgelegt hat. „Integration muss gelingen! Das ist für Hessen eine der großen gesellschaftlichen Aufgaben, heute und in Zukunft. Jeden Tag kommen Menschen hierher, um neu anzufangen. Wir sind auch auf den Beitrag dieser Menschen für unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft angewiesen, um sie bspw. als Nachbarn und Fachkräfte an unserer Seite zu haben, – sie sind uns willkommen“, so der Staatssekretär und Bevollmächtigte. Auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden sei es der Anspruch, von allen als Willkommensbehörde wahrgenommen zu werden, unabhängig davon ob es sich dabei um Flüchtlinge, Studierende oder Ehegatten von Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern handelt.

„Ziel ist es, wirkliche ‚Willkommensbehörden‘ zu schaffen: kunden- und serviceorientierte Behörden, die durch die Vernetzung mit anderen Ämtern, mit Partnern wie Wohlfahrtsverbänden und Migrantenorganisationen sowie mit Partnern der lokalen Wirtschaft Beratung aus einer Hand anbieten“, erläuterte Dreiseitel.

Im hessischen Netzwerk erfahren die Ausländerbehörden, wie sie beispielsweise ihre Prozesse durch unterschiedliche Terminsysteme optimieren. Hier ist gerade Wiesbaden auch Vorreiter durch das kürzlich eingeführte Terminvergabesystem. Seit Oktober 2014 wurden hier fast 12.000 Termine vergeben. Die Kundschaft nimmt dieses System auch sehr gut an, was sich in einer 83prozentigen Termintreue niederschlägt. Dadurch genügen in der Regel zwei Vorsprachen bis zur Erteilung des Aufenthaltstitels. Dies führt zu einer hohen Zufriedenheit auf beiden Seiten.

„Den Besuch des Bevollmächtigten der Hessischen Landesregierung für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Dreiseitel, empfinde ich als Anerkennung und Wertschätzung der großen Anstrengungen der letzten beiden Jahre, die Servicequalität der Wiesbadener Ausländerbehörde weiterzuentwickeln“ so Integrationsdezernentin Rose-Lore Scholz. Allein mit der Einführung der proaktiven Terminvergabe wurde ein Paradigmenwechsel in der Sachbearbeitung vollzogen, der beiden Seiten zu Gute kommt. „Für ein Klima des Willkommens bedarf es optimaler Abläufe und Arbeitsbedingungen für beide Seiten, die Kunden und die Mitarbeitenden. Daran arbeiten wir hier überzeugt und mit viel Engagement“ betonte Integrationsdezernentin Scholz.

Ausländerbehörden – Willkommensbehörden

Projekt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge

Laufzeit: Oktober 2013 bis Oktober 2015

Beteiligt: 10 Bundesländer

Hessischer Standort: Wetteraukreis (Partnerbehörden Kassel und Wiesbaden)

Seit Januar 2014 Konstituierung des hessischen Netzwerks mit dem Ziel des fachlichen Austauschs zu integrationsrelevanten Themen. Da über das Bundesprojekt lediglich ein hessischer Standort aufgenommen werden konnte, der Wetteraukreis, hat das Integrationsministerium Anfang 2014 weitere interessierte Behörden zu einem hessischen Netzwerk zusammengeführt. Begleitet wird das Netzwerk von einer Projektgruppe aus Vertretern des federführenden Hessischen Integrationsministeriums, des Hessischen Innenministeriums und der kommunalen Spitzenverbände.

Mitglieder:

Wetteraukreis, Hochtaunuskreis, Lahn-Dill-Kreis, Landkreis Fulda, Landkreis Bergstraße, Landkreis Gießen, Landkreis Offenbach, Landkreis Waldeck-Frankenberg, Main-Taunus-Kreis, Stadt- und Landkreis Kassel, Darmstadt, Gießen, Marburg, Rüsselsheim, Wiesbaden, Regierungspräsidien Kassel, Gießen und Darmstadt, Hessisches Innenministerium, Hessischer Landkreistag und Hessischer Städtetag, Integrationsministerium